

02.12.2011



Fotos: Weibold, SP

Zweite Landtagspräsidentin Gerda Weichsler-Hauer (SP) und SP-Klubchefin Gertraud Jahn, Dritter Landtagspräsident Adalbert Cramer (FP), FP-Abgeordnete Silke Lackner und FP-Klubobmann Günther Steinkellner bei der Unterschrift der OÖN-Initiative.

Mangel an Fachärzten wird ab 2016 in Oberösterreich zum Problem

LINZ. Die Forderung, dass für Oberösterreich mehr Ärzte ausgebildet werden müssen, wird durch neue Zahlen untermauert: Ab 2016 wird der Fachärztemangel deutlich spürbar.

Noch werden in Oberösterreich rund 160 Fachärzte pro Jahr diplomiert. Selbst unter den Voraussetzungen, dass diese Zahl etwa gleich bleibt und kein Zusatzbedarf durch den medizinischen Fortschritt und die demographische Entwicklung entsteht (Alterung

der Bevölkerung), wird es ab 2016 weniger Fachärzte geben, als gebraucht werden. Der Grund: Auch bei den Ärzten ist eine Pensionierungswelle zu erwarten, ein Arzt in Oberösterreich ist im Schnitt 53 Jahre alt. Allein deshalb würden von 2016 bis 2020 um 199 Fachärzte zu wenig neu beginnen, so die in Oberösterreich errechneten Zahlen.

Wahrscheinlicher ist aber jenes Szenario, wonach durch die Bevölkerungsentwicklung und Veränderungen in der Me-

dizin mehr Fachärzte als derzeit gebraucht werden. In diesem Fall wird die „Fachärztlücke“, gerechnet im niedergelassenen Bereich und in den Spitälern, ab 2016 kontinuierlich größer: Von 14 fehlenden Fachärzten im Jahr 2017 über 55 im Jahr 2021 zu 78 fehlenden Fachärzten im Jahr 2026. Die Jahre zusammengerechnet, würden in Oberösterreich von 2016 bis 2030 um rund 780 Fachärzte weniger ihren Dienst antreten, als nötig wären, so die statistische Prognose.

Die Forderung nach einer Linzer Medizin-Universität wird auch von Oberösterreichs Politik umfassend unterstützt. So unterzeichneten bereits Landeshauptmann Josef Pühringer, Landeshauptmann-St. Josef Ackerl, der Linzer Bürgermeister Franz Dobusch, die Gesundheitssprecher aller Parteien und alle Landtagsklubs die OÖNachrichten-Initiative. Auch der oberösterreichische Gemeindebund und der Gemeindevertreterverband haben zur Unterschrift aufgerufen.